

Pressemitteilung HateAid gGmbH

89 % sind dafür: Geschäft mit nicht-einvernehmlichen sexualisierten Deepfakes verbieten

Eine repräsentative Umfrage von Civey im Auftrag von HateAid zeigt breiten gesellschaftlichen Konsens insbesondere für einen strikteren Umgang mit kommerziellen Anbietern von sexualisierten Deepfakes und anderen Formen bildbasierter sexualisierter Gewalt. Die Umfrageergebnisse vom 14. - 16.04.2026 unterstreichen: Die überwiegende Mehrheit der Deutschen erwartet, dass Unternehmen, die von sexualisierten Deepfakes finanziell profitieren, zur Verantwortung gezogen und Betroffene wirksam rechtlich geschützt werden. Genau das fordert die gemeinnützige Organisation HateAid mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion und Petitionsübergabe heute vor dem Bundestag von Rechtspolitiker*innen der demokratischen Bundestagsfraktionen.

Berlin, 23. April 2026

Eine repräsentative Civey-Umfrage im Auftrag von HateAid zeigt: Die überwältigende Mehrheit der Deutschen verlangt von der Politik umfassende Maßnahmen gegen sexualisierte Deepfakes:

- 79,4 % der Befragten sprechen sich dafür aus, die Erstellung und Verbreitung KI-generierter Bilder und Videos ohne Einwilligung der Betroffenen strafrechtlich zu ahnden.
- 88,7 % sprechen sich dafür aus, dass es Anbietern von Apps und Webseiten verboten werden sollte, mit Inhalten Geld zu verdienen, die echte Personen ohne deren Zustimmung in sexualisierter Weise darstellen.
- 77,8 % der Befragten sprechen sich dafür aus, dass es strafbar sein sollte, wenn echte Personen ohne Einverständnis mit KI nicht komplett nackt, aber in Unterwäsche oder Bikini dargestellt werden.

Denn dass täglich Millionen KI-generierter Nacktbilder ohne Wissen oder Zustimmung der Betroffenen entstehen, ist kein Einzelfall, sondern Symptom einer Industrie, die von fehlenden gesetzlichen Schranken profitiert. KI-Anwendungen wie Elon Musks Grok oder Nudification-Apps ermöglichen die einfache Erstellung sexualisierter Deepfakes. Im Fall Grok entstanden nach Angaben der Organisationen [Center for Countering Digital Hate](#) und [AI Forensics](#) schätzungsweise drei Millionen solcher Bilder. Mindestens 23.000 dieser Bilder zeigten Kinder. Pornoplattformen hosten diese Inhalte, Suchmaschinen wie Google machen sie für eine breite Bevölkerung auffindbar, App-Stores vertreiben die Apps, Zahlungsdienstleister wickeln die Transaktionen ab, und – sie alle schalten Werbung. An jeder Stufe der Wertschöpfungskette machen Konzerne Profit auf Kosten der Betroffenen – oft Frauen und Mädchen, die jahrelang darum kämpfen, diese Bilder aus dem Netz zu entfernen.

Dazu **Josephine Ballon**, Geschäftsführerin von HateAid:

„Diese Geschäftsmodelle bereichern sich am Leid der Betroffenen. Sie profitieren nicht nur von gesetzlichen Schutzlücken, sondern auch von einer hohen Nachfrage. Sie führt dazu, dass jede einzelne Frau heutzutage mit der Angst leben muss, dass auch sie ungewollt nackt im Internet landen könnte – mit lebenslangen Folgen. Es ist daher jetzt an der Politik unmissverständlich zu regeln, dass wir diese lukrativen Geschäftsmodelle, die an der digitalen Demütigung von Frauen mitverdienen, als Gesellschaft nicht länger hinnehmen.“

Dieser politische Handlungsdruck wird heute vor dem Bundestag sichtbar: Mit einer überlebensgroßen verpixelten Statue der Göttin Justitia fordert die gemeinnützige Organisation HateAid gemeinsam mit betroffenen Frauen und Aktivist*innen politisches Handeln ein. Dabei steht die entblößte Justitia sinnbildlich für die Entwürdigung, die betroffene Frauen erleben, wenn sie sich nackt im Internet wiederfinden. Aber auch für die Gerechtigkeit, die es jetzt dringend braucht und die Justiz und Gesetzgeber jetzt umsetzen müssen.

HateAid fordert:

1. **Strafbarkeitslücken schließen**

Die Erstellung **und** Verbreitung sexualisierter bildbasierter digitaler Gewalt soll explizit unter Strafe gestellt werden – auch wenn es sich um Deepfakes handelt.

2. **Geschäft mit bildbasierter digitaler Gewalt beenden**

Host-Provider bzw. Access-Provider sollen Websites sperren müssen, die KI-Anwendungen mit expliziter Ausrichtung auf die Erstellung von Missbrauchs-Nacktbildern und -Videos anbieten. Nudifier-Systeme, die mithilfe von KI sexualisierte Inhalte von realen Personen ohne deren Zustimmung erstellen, sollen verboten werden.

3. **Konsequente Durchsetzung des DSA**

Die Bundesregierung soll sich für eine effektive Durchsetzung des DSA zur Minimierung geschlechtsspezifischer Risiken einsetzen. Hier bestehen derzeit erhebliche Defizite, u. a. bei pornografischen Plattformen, die keine Meldewege für rechtswidrige Inhalte eingereicht haben. Eine Reaktion der Aufsicht auf die massenhafte Herstellung von sexualisierten Deepfakes durch Grok dauerte mehrere Wochen. Dies ist nicht hinnehmbar.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, übergibt HateAid gemeinsam mit Unterstützer*innen wie Theresia Crone, Kristina Lunz und Ruth Moschner über 55.000 Unterschriften der Petition „Unsere Nacktbilder sind nicht euer Business“ an die rechtspolitischen Bundestagsabgeordneten aller demokratischen Fraktionen.

Die Ergebnisse der Umfrage finden Sie [hier](#).



Befragungssteckbrief

Civey hat für HateAid vom 14.04.2026 bis 16.04.2026 online 5.000 Bundesbürger*innen ab 18 Jahren befragt. Die Ergebnisse sind aufgrund von Quotierungen und Gewichtungen repräsentativ unter Berücksichtigung des statistischen Fehlers von 2,7 Prozentpunkten beim jeweiligen Gesamtergebnis. Weitere Informationen zur Methodik finden Sie [hier](#).

Über HateAid gGmbH

Die gemeinnützige Organisation HateAid wurde 2018 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Berlin. Sie setzt sich für Menschenrechte im digitalen Raum ein und engagiert sich auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene gegen digitale Gewalt und ihre Folgen. HateAid unterstützt Betroffene von digitaler Gewalt konkret durch Beratung und Prozesskostenfinanzierung. Geschäftsführerinnen sind Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon.

HateAid ist Trägerin der Theodor-Heuss-Medaille 2023, des Rothenburger Preises für Erinnerung und Zukunft, des Wertepreises für Demokratie der Werte-Stiftung und des For..Net Awards der Technischen Universität München. 2025 nahm Anna-Lena von Hodenberg stellvertretend für die NGO das Bundesverdienstkreuz entgegen.

Für weitere Informationen über HateAid gGmbH besuchen Sie unsere Website: <https://hateaid.org/>

Pressekontakt: presse@hateaid.org